

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage *Leben, Wissen, Kunst* sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlosen monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur mochtags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 115.

Dresden, Freitag den 22. Mai 1914.

25. Jahrg.

Trotz Essad Paschas Abreise dauern in Albanien die Unter-suchungen gegen Essads Anhänger fort.

Der mexikanische Rebellenführer Villa machte in einem Ge-secht bei Poraban 800 Gefangene.

Hundert Passagiere des nördlich von Tampico ge-strandeten Dampfers Atlanta wurden von einem amerikanischen Kriegsschiff gerettet.

In Kanschau (China) ließ ein Divisionskommandeur einen Journalisten zu Tode prägen.

Steine statt Brot.

Zum Schluß des Reichstags.

Als der Reichstag im November 1913 seine Tätigkeit wieder aufnahm, haben wir keineswegs große Erwartungen in ihn gesetzt. Jetzt, nach Abschluß der Session, muß festgestellt werden, daß selbst die geringsten Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Trotz allen Anregungen und Bemühungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion aufgewendet wurden, um soziale und politische Fortschritte durchzuführen, hat der Reichstag so gut wie keinerlei erfreuliche Leistungen aufzuweisen. Die Schuld trägt der trostlose Widerstand der durch Junkertum und Kapital beherrschten Regierung sowie die Energielosigkeit und Schlappheit der Parteien, die zwar oft genug Fortschritt und Volkswohl im Munde führten, aber nichts taten, um den Worten die nötige Wirkung zu sichern.

Nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern von fast allen Parteien ist vor wenigen Tagen im Reichstag Klage darüber geführt worden, daß die Regierung durch mangelnde Fühlungnahme mit dem Reichstage und durch schlechte Arbeitsdisposition den unbefriedigenden Ausgang der Reichstags-sitzung verschuldet hat. Die Bemühungen der Regierungs-blätter, die Schuld ihrer Auftraggeber zu bestreiten, müssen als gänzlich erfolglos angesehen werden. Die Tatsachen sprechen allzu deutlich. Da ist die viel zu späte Einberufung des Reichstags zu Ende November. Da ist ferner die völlig ungeregelte Einbringung von zahlreichen Gesetzentwürfen. Ist es nicht beispielweise geradezu ungeheuerlich, daß die Regierung erst kurz vor Schluß des Reichstags den Gesetzentwurf für die Altpensionäre und das Kennzeichensteuergesetz einbringt, aus dem die Mittel für die Beamtenbesoldungsverbesserungen und die Altpensionäre gewonnen werden sollten? Aber noch viel größere Schuld an der unbefriedigenden Leistung des Reichstags hat die Regierung durch den hartnäckigen Widerstand auf sich geladen, den sie allen Verbesserungsbestrebungen der Reichstagsparteien entgegensetzte.

War der Regierungsrat schon stets ein durchaus konser-vativer, so ist er seit den Kämpfen um die Ereignisse von Zabern noch konservativer, reaktionärer, brutaler geworden. Die schpreuhsüchtigen Junker, die Herrenhäuser, die Jagomleute, die Oberherren des Militarismus bekümmern sich gegen den Reichstagsführer Bestmann-Hollweg wegen angeblicher Nachgiebigkeit gegen den „demokratischen Reichstag“ und verlangten drohend die völlige Abkehr von jeder Politik des Entgegenkommens. Der Reichstagsrat und die verbündeten Regierungen haben sich diesen Drohungen schwächlich unterworfen. Jede Gelegen-heit wird benutzt, um den Reichstag die Liebermacht der Re-gierung fühlen zu lassen. Beschließt der Reichstag eine bessere Gestaltung des Konkurrenz-Klauselgesetzes zugunsten der Handelsangestellten, so erklärt die Regierung: Fort mit euren Verbesserungen oder das ganze Gesetz scheitert. Wird von der sozialdemokratischen Fraktion die strengere Durchführung der Sonntagsruhe gefordert, so erklärt die Regierung: Unannehmbar. Ebenso ging es mit vielen andern Gesetzen, mit der Militärstrafgesetzbuchnovelle, mit der Er-gänzung des Beamtenbesoldungsgesetzes u. s. w. immer erdönte das schroffe Unannehmbar der Regierung. Dadurch gestalteten sich die Kommissionsverhandlungen über diese Gesetze äußerst schwierig und langwierig, bis die Verabschiedung der Gesetze entweder ganz unmöglich wurde oder in einer durchaus mangelhaften oder sogar schädlichen Form erfolgte. Schließlich brach sich die Regierung fertig, durch die Verweigerung der Vertagung des Reichstags eine ganze Anzahl wichtiger Gesetze, die bereits sehr weit gefördert waren, gänzlich unter den Tisch fallen zu lassen, so das Petroleummonopolgesetz. Die nochmalige Vertagung des Reichstages hätte ja nicht nur den Reichsboten die freie Fahrt auf den Eisenbahnen ge-bracht, sondern auch den Anschein erwecken können, als ob die Befugnis des Kaisers auf Schluß des Reichstages eine Be-einträchtigung erfährt. Auch der laizistische Schein eines Ent-gegenkommens gegen die Vertagung, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgeht, sollte vermieden werden. Nur wenn der Reichstag bis zum allerletzten jeder Forderung der Regierung sich fügen würde, sollte er die Vertagung und die Fahrkarten zum Lohne erhalten. Damit der festen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion blieb die äußerste Schwach dem Reichstag erspart.

Die konservative Reaktion darf jubelieren. In den ersten zwei Sitzungen nach der Wahl vom 12. Januar 1912 wurden im Reichstag wenigstens einige volksfreundlichere Maß-nahmen durchgeführt, insbesondere eine nicht unbedeutliche Heranziehung der Wohlhabenden zu den Reichsausgaben. Nun aber ist es den Konservativen gelungen, durch ihren Nachdruck in Preußen, in der Armee, bei Hofe, bei den Regierungen jede weitere Reformpolitik, auf welchem Gebiete auch immer, zu verhindern. Bösiger Still-stand der Sozialreform und statt dessen maßlose Gewaltpolitik gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterjugend, gegen die Volks-fürsorgeverwaltung — das ist das Zeichen, unter dem der Abschluß der Reichstagsession erfolgt.

Die konservative-reaktionäre Regierungspolitik hätte jedoch nicht erfolgreich sein können, wenn sich im Reichstag eine ent-schlossene Mehrheit gegen sie eingestellt hätte. Aber sowohl das Zentrum als auch die Nationalliberalen sind nur allzu willig mit dem reaktionären Kurs gegangen. Das Zentrum hat alle seine sozialpolitischen Versprechungen schmählich verraten, und die Nationalliberalen lehren sich immer eifriger von der Politik ab, die sie wenigstens vorübergehend und in einzelnen Fäken — erschrecklich war es! — Seite an Seite mit der Sozial-demokratie gebracht hatte. Durch die Zustimmung zum Reichs-besitzsteuergesetz scheint alles liberale und soziale Gelüste der Nationalliberalen erschöpft, und Herr Wasserfall läßt sich von den Adhaling und Fuhrmann auf die konservativen Straßen kutschieren.

Die Mittelparteien drängen nach rechts. Unter der Leitung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, der dieses Ziel seit langem beharrlich verfolgt, vollzieht sich die Annäherung des Zentrums und der Nationalliberalen an die Konservativen. Dieser neue Dreieck und der Parteien, in dem die Konservativen die maßgebende Rolle spielen, bringt aber den Stillstand jeder Reformpolitik im Reich wie in den Einzelstaaten, besonders in Preußen — keine Wahl-reform! So hat die abgeschlossene Session des Reichstages dem deutschen Volke nicht das Brot des sozialen und politischen Fortschritts gegeben, sondern die Steine der Gewalt und Niederdrückung. So muß auch in der kommenden Zeit der Bund der volksfeind-lichen Parteien die Sozialdemokratie, weil sie den sozialen Aufstieg des Volkes erstrebt, mit allen Mitteln der Macht zurückdrängen und die Herrschaft der Ausbeuter und Bedor-rechteten gegen den sozialdemokratischen Ansturm neu zu be-festigen versuchen.

Die Sozialdemokratie hat nicht abgelehnt, mit anderen Reichstagsfraktionen zusammen an der Verbesserung unserer politischen und sozialen Zustände tätig zu sein. Sie ist selbst für sehr geringe Verbesserungen mit allem Nachdruck ein-getreten. Wenn aber alle anderen Parteien den Reformkurs verleugnen wollen — wofür, oft hat die Sozialdemokratie alleinstehend und unter den schwierigsten Verhältnissen am besten zu kämpfen gewußt, sie sieht auch jetzt den kommenden schweren Kämpfen mit größter Zuversicht entgegen. Je ge-fährlicher und gewaltsamer die herrschenden Mächte gegen die Sozialdemokratie angehen, um so mehr wird das Volk auf der Seite der Sozialdemokratie stehen. Unsere Losung bleibt: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Der letzte Tag.

Der letzte Tag des Reichstags ging bis gegen Ende in ruhigen Debatten vor sich. Der Etat wurde in der Gesamtabstimmung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Sodann wurde noch eine Reihe von Petitionen und Resolutionen ohne Dis-kussion erledigt. Eine längere Debatte entstand nur bei der zweiten Lesung der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch, in der die sämt-lichen bürgerlichen Parteien wieder einmal ihre Bereitwilligkeit und ihre Fähigkeit bekundeten, sich den Wünschen oder besser gesagt den gestellten Forderungen der Regierung zu unterwerfen. Was noch bei der Besoldungsreform durch die Haltung des Zentrums nicht möglich gewesen war, das gelang vollständig bei diesem Gesetz, ab-wohl Herr Dr. Müller-Meinungen für die Fortschrittler und Herr Bestmann-Hollweg im Namen des Zentrums mit vielen Worten und Klagen ihr Bedauern darüber ausdrückten, daß die Kommissionsbeschlüsse bei der Regierung keine Beachtung finden dürften. Genosse Stab-hagen vertrat unter Hinweis auf die unbedingte Notwendigkeit einer entschlosseneren Verbesserung die Beschlüsse, zu denen sich der Reichs-tag in der Kommission bekannt hatte. Aber der Kriegsminister blieb Sieger. Die Sozialdemokraten blieben bei der Einzelabstim-mung allein, so daß die Regierungsvorlage Annahme fand, in der Ge-samtabstimmung wurde der Entwurf einstimmig angenommen, und zwar sofort in zweiter und dritter Lesung.

Der Kriegsminister war so unvorsichtig gewesen, im Verlaufe seiner Antwort an den Genossen Stabhagen davon zu sprechen, daß es ein Verbrechen sei, die einzelnen Stände des Volkes voneinander abzuscheiden. Dafür erteilte ihm der Präsident im Kampf in einer Antwort von Frau, die allgemein ausfiel, einen jener verhassten Ordnungsrufe, wie sie im Reichstag gegenüber den Regierungsbekleideten allein üblich sind. Mit dieser Last wollte aber Herr v. Falkenhayn sich nicht allein abgeben, sondern, und der Präsident konnte eine halbe Stunde später erklären, daß der Kriegsminister das Wort „Verbrechen“ nicht gegen ein Mitglied des Hauses, sondern in einer ganz allgemeinen Wendung gebraucht habe. Der Präsident befreite ihn alsdann von dem peinlichen Odium.

Es gehörte sich eigentlich nach der ganzen Stimmung der Reichstag, daß am Ende der Session noch einmal die Wucht rein agrarischer Bestrebungen zum Ausdruck kam. So hielt denn Herr

Meilenböck eine lange Beschwerdereihe über die schuldige Behandlung der Werkzeuge. Es gab darüber noch eine aus-giebige Auseinandersetzung, in der Genosse Stolle die sozialdemo-kratische Auffassung vertrat und schließlich einen letzten Sammelruf, der die Beschlußfähigkeit des Hauses ergab. In einer sofort an-beraumten neuen Sitzung verlas der Staatssekretär Dr. DeLbrück die Urkunde, durch die der Reichstag geschlossen wurde. Die sozialdemokratische Fraktion blieb beim Kaiserthron, das der Präsident ausbrachte, im Saal, ohne sich von den Plätzen zu erheben. Der Präsident bewies noch am Schluß seine Ergebenheit nach oben, indem er, unter den entzückten Zustimmungsrufen eines großen Teils der bürgerlichen Abgeordneten, außerhalb und nach Schluß der Session, den Sozialdemokraten eine Art von Kollektivordnungsurteil erteilte, den er vorher sorgfältig zu Papier gebracht hatte.

Wer sichert den Weltfrieden?

14. London, 20. Mai.

Das Bürgertum mag in allen Ländern jammern über die ständige Bedrohung des Weltfriedens, über die immer unerträglicher werdenden Lasten der Rüstungen, aber es er-weißt sich überall als völlig machtlos, eine Besserung dieses Zustandes herbeizuführen. Es ist ein Spielball in den Händen der Kriegshörner und trägt die sich immer weiter ausbreitende Plage des Militarismus wie ein unabweisbares Verhängnis. Gelegentlich mag der Liberalismus selber seine totale Ohn-macht, seinen gänzlichen Bankrott offen eingestehen und die Rettung vor der eisernen Umklammerung des Moloch bei der kämpfenden Arbeiterklasse, bei der Sozialdemokratie, suchen. Ein bemerkenswertes Geständnis dieser Art enthält die letzte Nummer der einflussreichen Wochenschrift des englischen Liberalismus. Ein Artikel, der sich mit dem unaufhaltsamen Siegeszug der Sozialdemokratie in allen Ländern Europas beschäftigt, schließt mit den folgenden Ausführungen:

Die Erklärung dieses Widerstands (daß trotz des gewaltigen Wachstums des Sozialismus in allen europäischen Ländern das Bürgertum nicht aufgehoben wird) liegt unserer Ansicht nach darin, daß diese internationale Macht (des Sozialismus) ihren Druck nicht überall mit der gleichen Unmittelbarkeit ausüben kann. Rußland ist augenblicklich die Macht, die am meisten dazu beiträgt, das Tempo des Betrübens zu beschleunigen, und dort ist der Einfluß der Sozialdemokratie noch der geringste. Deutschland steht noch immer unter preußischer Hegemonie, und in Preußen neutralisiert ein veraltetes Wahlrecht den sozialisti-schen Druck.

Wer wenn wir erklären, daß der sozialistische Druck zu-gunsten des Friedens und des Abrüstens seinen Zweck nicht vollständig erreichen wird bis Rußland und Preußen parlamen-tarische Regierungen haben, so ist damit keineswegs ge-sagt, daß dieser Druck auch schon jetzt unwirksam sei. Zunächst, ist er auch nicht instand, die Auslösung der Wagnis durch den Militarismus zu verhindern, so ist er doch schon fast überall stark genug, die Steuerlast auf die Schultern der herrschenden Klassen zu wälzen. Es ist nicht sicher, daß es selbst nach den letzten Wahlen ihm gelingen wird, die dreijährige Dienst-zeit in Frankreich abzuschießen, aber er wird sich die An-nahme einer Einkommensteuer erzwingen. In Schweden wird sich ein konservatives Ministerium gezwungen sehen, das deutsche Vorbild einer Steuererhebung vom Kapital nachzuahmen. Ohne derartige Züge wäre der Fortschritt des Militarismus noch verheerender als er jetzt ist, und auf die Dauer muß die Bürde innerhalb der Besitzenden wenigstens eine Spar-samkeitsbewegung, wenn nicht eine ausgeprägte Friedensbewegung erzeugen. Der Steuerbeamte ist ein sicherer Schulmeister und es ist dem Druck des Sozialismus zu danken, daß er diese Auf-klärungsarbeit verrichtet.

Aber wir glauben, daß der ungeschwächte Einfluß dieser inter-nationalen Bewegung noch viel weiter reicht. Sie mag nicht instand sein, das Wachstum der Rüstungen zu verhindern, aber sie verhindert den Gebrauch dieser Rüstungen. Die Erfahrungen Rußlands in der Mandchurie und Bulgariens in dem unpopulären zweiten Balkankrieg haben ungewissheit her-gestellt, daß die Stimmung der Massen bei auf all-gemeiner Wehrpflicht beruhenden Heeren ein wesentlicher Faktor des Kriegsausganges ist. Wir zweifeln, ob auch die mutigste und bestdiszipliniertere sozia-listische Partei einen wirksamen Generalkrieg zur Verhinderung des Krieges unternehmen könnte. Unter dem Kriegsdiktat könnte wahrscheinlich jede entschlossene Regierung ihre Soldaten zur Front bringen und schlecht oder recht die Mobilisierung vollziehen. Aber keine Regierung will den Krieg um des Krieges willen; das Ziel ist der Sieg. Wir glauben, daß der Einfluß des Sozialismus nunmehr so weitreichend ist, daß er jedem Krieg Einhalt gebieten kann, der nicht eine so be-rechtigte Verteidigung zum Ziele hat, daß ihn selbst ein sozia-listisches Bewußtsein mit Bedauern aufheben müßte.

Das ist eine bemerkenswerte Anerkennung der Macht und des Einflusses der internationalen Sozialdemokratie. Selbst wo der Liberalismus am Staatsruder ist, muß er eingestehen, daß die Interessen des Weltfriedens und der Menschheitskultur bei der Sozialdemokratie wirksamen Schatz finden können.